Antrag

der Abgeordneten **Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Julika Sandt, Renate Will** und **Fraktion (FDP)**

Überprüfung der Beteiligungen auf Privatisierungsmöglichkeiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die staatlichen Beteiligungen auf Privatisierungsmöglichkeiten zu überprüfen.

Sie wird ferner aufgefordert, für Folgendes Sorge zu tragen:

1. Ist weder die Wirtschaftlichkeit noch das Staatsinteresse hinsichtlich einer unternehmerischen Beteiligung des Freistaats gegeben, ist eine Verringerung bzw. eine vollständige Veräußerung der Beteiligung vorzunehmen.
2. Das Ergebnis der Überprüfung der Beteiligungen auf Privatisierungsmöglichkeiten und das Staatsinteresse sind im Beteiligungsbericht des Freistaats Bayern zu veröffentlichen. Die Überprüfung soll nach jeder Änderung der Tätigkeit oder des Gesellschaftszwecks des jeweiligen staatlichen Unternehmens erfolgen und das Prüfungsergebnis im nächsten Beteiligungsbericht veröffentlicht werden.

Begründung:

Das Marktgeschehen wird durch die staatliche Rahmenordnung reguliert. Ihre Regeln müssen für alle gleich gelten. Der Staat ist Schiedsrichter, nicht Mitspieler. Er darf sich außerhalb seiner Kernaufgaben nicht beliebig wirtschaftlich betätigen. Alle Leistungen, die von Unternehmen, Genossenschaften, Vereinen oder Privatpersonen erbracht werden können, sollen auch von diesen erbracht werden. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand im Rahmen der Daseinsvorsorge bleibt aber ausdrücklich den Kommunen vorbehalten.